



Stellungnahme der DGVP zu den Anträgen

- a) Antrag der Abgeordneten Frank Spieth, Dr. Martina Bunge, Klaus Ernst, weitere Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
Aktuelle Finanznot der Krankenhäuser beenden
(BT-Drs. 16/8375)
- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Terpe, Brigitte Bender, Elisabeth Scharfenberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Krankenhäuser zukunftsfähig machen
(BT-Drs. 16/9008)
- c) Antrag der Abgeordneten Daniel Bahr (Münster), Heinz Lanfermann, Dr. Konrad Schily, weiterer Abgeordneter und der Fraktion FDP
Verbesserung der Finanzsituation der Krankenhäuser
(BT-Drs. 16/9057)

Im Rahmen der o. g. Anhörung gibt die DGVP e. V. nachfolgende **Stellungnahme** ab:

Finanznot der Krankenhäuser

Die seit vielen Jahren anhaltende Kostendämpfungspolitik hat bezogen auf die Krankenhäuser zu Existenznöten geführt, die letztendlich auch zu Lasten der Patienten und deren Angehörigen gehen.

Der fortwährende Streit zwischen den Experten zur dualen oder monistischen Finanzierung hat zu einem Investitionsstau in Milliardenhöhe geführt.

Die Einführung der Fallpauschalen DRG hat zur Ausweitung der Bürokratie und zu zusätzlichen Personalkosten geführt und dies bei andauernder Deckelung der Preise und Vergütungen.

Die Milliardendefizite und die Deckelung in den Krankenhäusern führen zu Wartezeiten für die Patienten, sowie zu Risiken durch den Abbau von qualifiziertem Personal, die Nutzung veralteter Technik und der Streckung von Wartungsverträgen für Medizintechnik und Diagnostik.

Kostenstruktur der Krankenhäuser

Durch die Tarifaueinandersetzung und die Angleichung der Tarife besteht ein erhöhter Finanzbedarf in Höhe von ca. 6 – 8 Milliarden € in den Jahren 2008 und 2009. Dieser Finanzbedarf kann durch den prognostizierten Vergütungszuwachs von ca. 1,0 bis 1,5 Milliarden € nicht gedeckt werden. Somit besteht die Gefahr von Krankenhausschließungen und dem weiteren Abbau der wohnortnahen Versorgung.



DGVP Deutsche Gesellschaft für
Versicherte und Patienten e.V.

Deshalb fordern wir für die Versicherten und Patienten:

1. Realistische Haushalts- und Systemplanung mit dem Ziel der ausreichenden Bereitstellung von Finanzmitteln für die stationären Einrichtungen zur Abdeckung der Betriebskosten und der notwendigen Investitionen.
2. Nutzung der Möglichkeiten des Privat-Public-Partnership zur Integration von externem Knowhow und zusätzlicher Bereitstellung von Finanzmitteln der externen Partner.
3. Bundesländerübergreifende Krankenhausplanung auf der Grundlage der aktuellen Bevölkerungsstruktur und der zu erwartenden Bedarfsentwicklung für die maßgeblichen Krankheitsbilder, damit Überkapazitäten abgebaut und Effizienzen im personellen und finanziellen, sowie institutionellen Bereichen freigesetzt werden können.
4. Ausbau der Vernetzung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung durch Anreizsysteme für den stationären und ambulanten Bereich und nicht wie bisher durch Preisdruck der GKV auf die ambulanten und stationären Institutionen.

Investitionen

Die mangelhafte Ausstattung der stationären Einrichtungen mit Finanzmitteln für Investitionen durch die Bundesländer, bis auf wenige Ausnahmen, hat zu einer Verschlechterung der Versorgungslandschaft im stationären Bereich geführt. Darunter leiden nicht nur die Mitarbeiter, sondern erst recht die Versicherten und Patienten. Es besteht zurzeit keine Finanzierungssicherheit und ist dies für die betriebswirtschaftliche Ausrichtung des einzelnen Krankenhauses nicht nur gefährlich, sondern außerordentlich schädlich.

Zusammenfassende Forderung der DGVP e. V.

Der Gesetzgeber muss umgehend seinen gesetzlichen Auftrag zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser folgen, d. h. die Unterfinanzierung muss beseitigt werden und gleichzeitig muss mit den Beteiligten, und nicht über die Köpfe der Beteiligten hinweg, die Versorgungslandschaft dem effektiven Bedarf der Versicherten und Patienten angepasst werden.

Eventuell anfallende Beitragserhöhungen für die Bevölkerung müssen im angemessenen Rahmen in die Überlegungen einfließen und dann auch der Bevölkerung detailliert dargelegt werden, warum dieser zusätzliche Finanzbedarf existiert. Nur der mündige und aufgeklärte Bürger wird dann auch in seinem eigenen Interesse Verständnis für die ausgeweitete Bereitstellung von Finanzmitteln haben.

In keinem Fall darf jedoch der einfache Weg der Beitragserhöhung gewählt werden. Zunächst sollten die vorhandenen Reserven ausgeschöpft werden.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfram – Arnim Candidus
Präsident der DGVP e. V.
Deutsche Gesellschaft für Versicherte und Patienten e. V.